

Außen- und Sicherheitspolitik nach der Zeitenwende – ein Paradigmenwechsel

Pascal Hector*

Inhalt

A. Einleitung	552
B. Der Grundkonflikt des 21. Jahrhunderts: Regelbasierte internationale Ordnung versus Machtpolitik	553
C. Was ist Putins Motivation?	554
D. Sind wir als Westen mitursächlich für den Ausbruch dieses Krieges?	555
E. Was ist jetzt zu tun?	557
I. Beendigung des Krieges	558
II. „Kriegstüchtigkeit“ von Deutschland und Europa	558

Abstract

Der russische Überfall auf die Ukraine hat den Gegensatz von regelbasiertem internationaler Ordnung und Machtpolitik als Grundkonflikt auch des 21. Jahrhunderts (wieder) in den Mittelpunkt gerückt. Die Vertreter der Machtpolitik orientieren sich am Großraumdenken Carl Schmitts und lassen sich nicht durch Appeasement, sondern nur durch wirksame Abschreckung aufhalten. Daher ist „Kriegstüchtigkeit“ zur Voraussetzung für effiziente Friedenspolitik geworden.

Grundsätzlicher betrachtet, werden die Werte einer freiheitlichen Gesellschaft von Autokraten als Bedrohung ihrer Macht aufgefasst und konsequent bekämpft, wie vielfältige hybride Angriffe zeigen. Mit der Europäischen Union als Instrument zur Bündelung unserer Kräfte und mit der nachdrücklichen Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Werte verfügen wir aber über alle Instrumente, um uns auch in diesem neuen, rauheren internationalen Umfeld wirksam behaupten zu können.

Foreign and security policy after the turning point – a paradigm shift

The Russian attack on Ukraine has (once again) brought the contrast between a rules-based international order and power politics into focus as the fundamental

* Prof. Dr. Pascal Hector ist deutscher Botschafter in Kopenhagen (Copenhagen, Denmark) und Honorarprofessor am Europa-Institut der Universität des Saarlandes (Germany). Diese Veröffentlichung stellt jedoch eine ausschließlich private Meinungsäußerung dar und ist weder dem Auswärtigen Amt noch dem Europa-Institut zuzurechnen. Der Vortragsstil wurde beibehalten. E-Mail: mail@pascal-hector.de.

conflict of the 21st century. The proponents of power politics are guided by Carl Schmitt's "Großraum" (broader area) thinking and can only be stopped by effective deterrence, not appeasement. Therefore, "competence for war" has become a prerequisite for effective peace policy.

More fundamentally, the values of a free society are perceived by autocrats as a threat to their power and are consistently fought against, as diverse hybrid attacks demonstrate. However, with the European Union as an instrument for pooling our forces and by vigorously defending our liberal-democratic values, we have all the tools we need to be able to assert ourselves effectively, even in this new, harsher international environment.

Keywords: International rules based order; power politics, Russian war against Ukraine; imperialism; deterrence; balance of power; Zeitenwende; Systemkonflikt; Kriegstüchtigkeit als Voraussetzung für Friedenspolitik

A. Einleitung

Der 24. Februar 2022 hat eine Illusion zerstört: Die Hoffnung, dass der dauerhafte Durchbruch zu einer regelbasierten internationalen Ordnung bereits gelungen sei. Eine solche Ordnung hat man seit 1945 auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen angestrebt und meinte, sie mit der vorherigen Zeitenwende, der von 1989/90, bereits erreicht zu haben. 2022 hat dagegen gezeigt: eine Ordnung in der alle internationalen Akteure sich zu einem pluralistischen und auf der Gleichheit aller Staaten und aller Menschen aufbauenden globalen Regelsystem bekennen, bleibt – vorerst und auf absehbare Zeit – nur ein Sehnsuchtsziel.

An diesem Tag hat Russland eine Tat begangen, die man eigentlich seit 1945 für undenkbar gehalten hatte: Ein ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrats führt einen unprovokierten großflächigen Angriffskrieg gegen ein souveränes Mitglied der Vereinten Nationen, mit dem Ziel – unter anderen – sich dessen Territorium einzuerleben.¹ Dies ist eine Negierung der fundamentalsten Grundsätze der internationalen Ordnung, wie sie seit dem Ende des 2. Weltkriegs mit der Charta der Vereinten Nationen aufgebaut worden war.

Der Überfall bedeutet stattdessen einen Rückgriff auf das archaischste aller internationalen Politiksysteme: Machtpolitik. Damit markiert dieses Datum einen geschichtlichen Epochenumbruch, mit dem endgültig die Konfliktlinien deutlich geworden sind, die das 21. Jahrhundert prägen werden.

Wir stehen vor einer ganzen Reihe wichtiger Fragen, von denen ich hier vier näher betrachten will: Worin genau besteht dieser Gegensatz Machtpolitik versus regelbasierte internationale Ordnung? Was war Putins Motivation bei seinem Überfall? Sind wir als Westen mitursächlich für den Ausbruch des Krieges in Europa? Und vor allem: Was ist jetzt zu tun – auf strategischer Ebene und für jeden Einzel-

¹ Wie spätestens mit dem Versuch der Annexion von Teilen des ukrainischen Territoriums durch Russland offensichtlich geworden ist.

nen von uns – auch unter Berücksichtigung der jüngst neu erstandenen Gefahr einer Oligarchisierung auch des Westens?

B. Der Grundkonflikt des 21. Jahrhunderts: Regelbasierte internationale Ordnung versus Machtpolitik

Das Spannungsverhältnis zwischen der Praxis der Machtpolitik und der Sehnsucht nach einer gerechten, regelbasierten internationalen Ordnung ist so alt wie die Menschheit: Der Athener Strateg Thukydides hat diesen Konflikt jedenfalls schon im fünften Jahrhundert v. Chr. in seinem Melierdialog treffend beschrieben.

Die Athener hatten die Insel Melos überfallen und die bedingungslose Unterwerfung der Melier gefordert. Diese wiesen in einem ausführlichen Dialog mit den Angreifern darauf hin, dass das Vorgehen der Athener gegen Recht und Moral verstöße. Die Athener aber beharrten auf ihrer militärischen Stärke und am Ende, nach intensivem Kampf, wurden alle erwachsenen Melier hingerichtet und die Frauen und Kinder in die Sklaverei verschleppt. Nicht zuletzt, weil die Verbündeten der Melier, die Spartaner, sie nicht ausreichend unterstützt hatten.

Diese antike Begebenheit zeigt das brutale Prinzip nackter Machtpolitik in der ewig gültigen Zuspritzung durch Thukydides: „da ihr genauso gut wisst wie wir, dass zwar nach menschlicher Berechnung Gerechtigkeit bei Gleichheit der Zwangslage entschieden wird, aber dass die Überlegenen das, was erreichbar ist, durchsetzen und die Schwachen nachgeben.“²

So wurde Jahrtausende lang internationale Politik betrieben. Ein erster praktischer Versuch, dieses Prinzip zu überwinden, keimte nach dem ersten Weltkrieg auf, mit dem Völkerbund, der aber dramatisch scheiterte.

Realistische Hoffnungen gab es erst nach 1945, als in der Charta der Vereinten Nationen ein grundlegend neuer Ansatz internationaler Beziehungen gewählt wurde, die Festlegung fundamentaler Rechtsgrundsätze, an die alle Staaten seitdem gebunden sind: die souveräne Gleichheit aller Staaten (Art. 2 Ziff. 1 UNC), die Unverletzlichkeit der territorialen Integrität sowie das Verbot der Gewaltanwendung in den internationalen Beziehung (Art. 2 Ziff. 4 UNC) mit Ausnahme (u.a.) der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung, die Pflicht zur Achtung von internationalem Verträge (*pacta sunt servanda*) oder der Schutz der universellen Menschenrechte, um nur einige besonders wichtige zu nennen.

Seitdem bestand bei Vielen die Hoffnung, die Erwartung, ja sogar die Überzeugung, dass damit die alte Machtpolitik überwunden sei und internationale Bezie-

2 *Griechenland Aktuell*, Thukydides: Melierdialog 5.89 – deutschsprachige Fassung zitiert nach, „Melierdialog griechisch-deutsch“, <https://www.latein.at/phpBB/viewtopic.php?f=1&t=40969> (7.8.2025).

hungen künftig nach diesen Grundsätzen der „verfassten Staatengemeinschaft“³ gestaltet würden. So habe auch ich es jahrzehntelang in meinen Vorlesungen gelehrt.

Diese Erwartung hat der 24. Februar 2022 zerstört, als Russland auf die uralte Form der Machtpolitik zurückgriff und so – ohne auch nur den Versuch einer völkerrechtlichen Bemäntelung – in offensichtlicher Weise gegen zentrale Regeln der UN-Charta verstieß: das Gewaltverbot, denn der Einmarsch war ein unprovokierter bewaffneter Angriff; die Unverletzlichkeit der Grenzen, da ukrainische Gebiete erobert und dem eigenen Staatsgebiet einverlebt werden sollten; die Menschenrechte der Ukrainer, wie die Massaker in Butscha und die systematischen Angriffe auf zivile Ziele zeigen, die im Übrigen auch einen schweren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen. Truppenteile, die an den Massakern von Butscha beteiligt waren, wurden von der russischen Staatsführung explizit ausgezeichnet, was zeigt, dass Russland Kriegsverbrechen als systematisches Mittel der Kriegsführung einsetzt.

All dies ist im Übrigen nicht nur ein Verstoß gegen die UN-Charta, sondern auch gegen spezifische völkerrechtliche Verträge, wie den „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft“ und weitere Abkommen, in denen Russland die Ukraine explizit als unabhängigen Staat in den Grenzen von 1991 anerkannt hat. Und nicht zuletzt auch gegen das „Budapester Memorandum von 1994, in dem Russland der Ukraine Sicherheitsgarantien (sic!) gab, im Gegenzug dafür, dass sie die auf ihrem Territorium verbliebenen Atomwaffen der Sowjetunion abgab.“

C. Was ist Putins Motivation?

Um die richtige Reaktion auf das russische Vorgehen entwickeln zu können, ist es von entscheidender Bedeutung, die Motivation der Handelnden möglichst genau zu erfassen. Das ist hier recht einfach, da Putin seine Beweggründe in mehreren ausführlichen Stellungnahmen, beginnend mit seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007, dargelegt hat. In aller gebotenen Kürze:

Putin will erklärtermaßen ein russisches Imperium (wieder-)errichten, weil er dies als Auftrag aus der Geschichte versteht und sich militärisch dazu in der Lage sah.

Zugrunde liegt ein imperialistisches, machtpolitisches Großraumdenken, das – juristisch gesprochen – an Carl Schmitt⁴ erinnert: Die Welt wird als Ansammlung von sog. „Großräumen“ gesehen, die jeweils von einer Großmacht beherrscht und von dieser gegen Eingriffe sog. „raumfremder Mächte“, d.h. der anderen Großmächte, verteidigt werden. Die darin befindlichen kleineren Staaten werden als abhängige Vasallen der raumbeherrschenden Großmacht gesehen. Diese versucht zudem tendenziell ihren Großraum zulasten anderer Großmächte auszudehnen.

3 Vgl. statt aller: Verdross/Simma, S. 69 ff., in denen Bruno Simma die Vereinten Nationen und insbes. deren Charta als „Verfassung“ der Staatengemeinschaft darstellt. Daraus folge u.a. eine Tendenz, das Völkerrecht „von einem bloßen Zwischenmächterecht zur Rechtsordnung der vielfach gegliederten Menschheit“ auszugestalten (S. 916).

4 Vgl. z.B.: Schmitt.

Es ist offensichtlich, dass solche Vorstellungen nicht mit der souveränen Gleichheit aller Staaten und vielen anderen Regeln des Völkerrechts vereinbar sind, welche die UN-Charta seit 1945 verbindlich vorgibt.

Ergänzt wird dieses Denken durch kolonialistische Vorstellungen, da die Ukrainer nicht als unabhängiges und gleichberechtigtes Volk im Sinne der souveränen Gleichheit angesehen werden, sondern im besten Falle als „kleiner Bruder“, der an die Hand zu nehmen und zu leiten ist. Nationale Eigenständigkeit wird nicht geduldet.

Dass dieses imperialistische Denken, in Form einer klassischen Herrschaft des Zentrums über die Peripherie ohne demokratische Rückkoppelung – wie es für Imperien⁵ typisch ist –, in der breiten Wahrnehmung so wenig thematisiert wird, liegt möglicherweise an dem traditionell nur gering ausgeprägten Interesse an osteuropäischer Geschichte, sowie dem Umstand, dass die Territorien nicht – wie bei den früheren westlichen Kolonialreichen – geographisch vom „Mutterland“ getrennt sind.

Schließlich enthält dieses Denken, insofern die Existenz der Ukrainer als eigenständiges Volk enden und ihre eigene Kultur ausgelöscht werden soll, möglicherweise auch genozidale Elemente.

Angesichts der bereits erwähnten Kriegsverbrechen der russischen Streitkräfte in der Ukraine überrascht es nicht, dass gegen Putin und eine mögliche Mittäterin ein Haftbefehl des Internationale Strafgerichtshofs wegen Kriegsverbrechen, insbesondere der Deportation ukrainischer Kinder nach Russland erlassen worden ist. Auch wenn dieser im Moment noch nicht unmittelbar vollstreckt werden kann, schränkt er doch seine Reisemöglichkeiten entscheidend ein.

D. Sind wir als Westen mitursächlich für den Ausbruch dieses Krieges?

Wir haben gesehen, welchen Epochenbruch diese Rückkehr des Krieges in großem Maßstab auf den europäischen Kontinent bedeutet. Daher stellt sich die Frage: Sind wir als Westen mitursächlich für diese Entwicklung?

Um die – vielleicht überraschend erscheinende – Antwort vorwegzunehmen: Ja. Aber in ganz anderer Weise, als dies gemeinhin diskutiert wird.

Oft wird – russischen Narrativen folgend – argumentiert: Der Westen sei (zumindest mit-)schuld, da er nach dem Untergang der Sowjetunion, durch die Ausdehnung der NATO, Russland „eingekreist“ und damit in seinem Sicherheitsempfinden gestört habe.

Das ist falsch, um es klar zu sagen. Zum einen hat es – entgegen mancher Desinformation – nie eine Zusage gegeben, die NATO nicht auf Staaten des ehemaligen

⁵ Und in diametralem Gegensatz zur Europäischen Union steht, deren Charakteristikum gerade die Mitwirkung aller Mitgliedstaaten an der politischen Willensbildung der Union sowie deren unmittelbare demokratische Rückkoppelung an die Völker der Mitgliedstaaten über das Europäische Parlament sowie deren mittelbare demokratische Rückkoppelung über die den nationalen Parlamenten gegenüber verantwortlichen Regierungen im Rat ist.

Warschauer Paktes oder der Sowjetunion (außerhalb des Gebiets der ehemaligen DDR) auszuweiten.⁶

Zum anderen stellt die NATO als reines Verteidigungsbündnis keinerlei Gefahr für andere Staaten dar, jedenfalls soweit diese Ziele verfolgen, die mit der VN-Charta vereinbar sind. Dessen ist sich auch Russland bewusst, wie es implizit dadurch zu erkennen gegeben hat, dass es nach dem NATO-Beitritt Finlands nicht etwa seine Truppen an dieser langen zusätzlichen NATO-Grenze verstärkt, sondern sogar von dort noch Truppen zugunsten des Kriegseinsatzes in der Ukraine abgezogen hat.

Ein Problem stellt die NATO allerdings für Staaten dar, die in aggressiver Weise Nachbarstaaten überfallen wollen, denn davor sucht sie zumindest ihre Mitglieder effektiv zu schützen. Dazu später mehr.

Und ein essentielles Problem für alle Gewaltherrscher stellt die bloße Existenz erfolgreicher und prosperierender freiheitlicher Gesellschaften an ihren Grenzen dar, da diesen den eigenen Bürgern vor Augen führen, dass ein Leben in Armut und Unterdrückung nicht alternativlos ist. Das ist allerdings keine zulässige Begründung für den bewaffneten Überfall auf ein Nachbarland. Es erklärt aber den Furor, mit dem diese Regime – und neuerdings vielleicht auch andere Kräfte – solche Gesellschaften zu zerstören suchen.

Worin besteht also unsere „Mitschuld“, wenn wir schon von einer solchen sprechen müssen?

In der mangelnden Abschreckung: Es ist uns offensichtlich nicht gelungen, Russland wirksam vom Angriff auf die Ukraine abzuschrecken. Die tiefere Ursache dafür liegt m.E. darin, dass wir uns lange nicht die Absichten und die Natur des Gegners Putin einzustehen wagten und daher zu lange an der Strategie festgehalten haben, eine kooperative Sicherheitsordnung im Zusammenwirken mit Putins Russland zu entwickeln.

Dieses (zu) lange Festhalten ist nachvollziehbar, denn es war die fundamentale Erfahrung – gerade der Deutschen – von 1989, dass Entspannung zur Überwindung von Gegensätzen führen kann. Diese Erfolgsgeschichte der Entspannungspolitik wollten wir forschreiben.

Auch die intensive Beschäftigung mit den Ursachen des Kriegsausbruchs von 1914 zum Zentenarrium 2014 hat uns wohl in dieser Fehlperzeption bestärkt: denn damals „schlafwandelten“ (Christopher Clarke) die europäischen Mächte in den Krieg. Eine wirksame Entspannungspolitik hätte 1914 Wunder bewirken können.

Durch die Konzentration auf 1914 übersah man die viel näher liegende historische Parallele von 1938/39, vom Münchener Abkommen bis zum 2. Weltkrieg: Ein zu allem entschlossener Aggressor fühlte sich durch die Appeasement-Versuche der als schwach perzipierten Vertreter des „Westens“ nur noch bestärkt.

Es ist eine der Paradoxien der Sicherheitspolitik, dass eine in friedlichster Absicht unternommene Entspannungspolitik im Ergebnis zu ihrem Gegenteil, dem Ausbruch eines Krieges durch Ermutigung des Aggressors führen kann.

6 Vgl. zu dieser umfangreichen Debatte u.a.: *Adomeit*, m.w.N.

Alles hängt von den Absichten und der Natur des Gegners ab: Ist es eine Status quo-Macht, die im Kern auf die Bewahrung des Vorhandenen abzielt, dann sind Entspannung und Verständigung das Mittel der Wahl. So bei der späten Sowjetunion und wohl auch in der Staatenwelt von 1914. Ist der Gegner aber ein Aggressor mit expansiven Absichten, der nicht davor zurückschreckt, seine Ziele auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen, hilft nur effektive Abschreckung.

Das entscheidende Wort ist hier: effektiv. Effektiv, wirksam, heißt, dass die Politik dem Gegner glaubhaft vermitteln muss, dass das Ziel seiner Aggression definitiv nicht erreicht werden kann. Daran sind wir offenbar im Vorfeld von 2022 gescheitert. Worin das im Einzelnen gelegen hat, ist eine andere Debatte, die zu gegebener Zeit geführt werden muss.

E. Was ist jetzt zu tun?

Der Bundeskanzler hat nur 3 Tage nach dem Überfall, am 27.2.2022 im Deutschen Bundestag den historischen Schluss gezogen, dass dieser Angriff eine Zeitenwende darstellt: die Abkehr von der regelbasierten Ordnung und die Hinwendung zur Machtpolitik durch Russland.

Daraus folgt als übergeordnetes Ziel für unser Handeln, dass Russland keinen Vorteil aus seiner Aggression ziehen darf, denn sonst wäre das eine Ermutigung zur Machtpolitik, nicht nur für Russland, sondern auch in anderen Teilen der Welt. Und in einer Welt, in der „die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch Eisen und Blut entschieden“ werden, wie es Bismarck⁷ formuliert hatte, wollen wir auf keinen Fall wieder zurück!

Die unmittelbare Konsequenz daraus kann nur die entschlossene Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf gegen den Aggressor sein, „solange wie nötig“, wie der Bundeskanzler gesagt hat. Hier müssen wir wirksamer handeln als die Spartaner gegenüber den Meliern.

Dies ist nicht nur im Interesse der Ukraine, sondern auch in unserem ureigensten Interesse, denn solange diese Gewissheit – dass ein Aggressor aus seiner Aggression keinen dauerhaften Nutzen ziehen kann – im Denken Putins nicht fest verankert ist, wird er die Aggression fortsetzen und ausweiten. Einen zwischenzeitlichen Waffenstillstand würde er nur dazu nutzen, neue Kräfte zu sammeln und anschließend wieder mit neuer Kraft anzugreifen – möglicherweise sogar über die Ukraine hinaus.

⁷ Rede Bismarcks in der Budget-Kommission des Preußischen Landtags vom 30.9.1862, in: *Bismarck*, S. 140 – zitiert nach: <https://www.bismarck-stiftung.de/otto-von-bismarck/zitat-e-von-otto-von-bismarck/> (2.10.2025).

I. Beendigung des Krieges

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass dieser Konflikt zu einem gegebenen Zeitpunkt mit Verhandlungen enden muss. Allerdings stellen sich mindestens vier schwerwiegende Probleme für solche Verhandlungen:

- Russland zeigt bisher keine Bereitschaft, sich auf echte Verhandlungen einzulassen, hierzu bedürfte es also erst einmal wirksamer Anreize, um eine solche Bereitschaft herbeizuführen.
- Wenn es, wie oben dargelegt, zur Vermeidung von Nachahmung wichtig ist, dass Russland keinen dauerhaften Vorteil aus seiner Aggression ziehen darf, schränkt dies mögliche Vereinbarungen stark ein. Letztlich kommt es auf eine Gesamtschau an.
- Russland hat mit seinem Agieren seit dem Budapester Memorandum gezeigt, dass es vertragliche Vereinbarungen nicht achtet; jede ausgehandelte Lösung bedarf daher dauerhafter wirksamer Sicherheitsgarantien.
- Die Massaker von Butscha oder das russische Vorgehen in den besetzten Gebieten der östlichen Ukraine, z.B. Mariupol, zeigen den grausamen Umgang Russlands mit den dort ansässigen Menschen.⁸ Es stellt sich daher die Frage, wie deren Schutz gewährleistet werden kann.

Diese Punkte sind nicht unüberwindbar, aber sie machen aber deutlich wie wichtig weiterer hoher militärischer Druck seitens der Ukraine im Vorfeld und ein möglichst wirksamer politischer und wirtschaftlicher Druck seitens (eines möglichst großen Teils) der internationalen Staatengemeinschaft im Verlauf und möglicherweise auch noch nach Abschluss solcher Verhandlungen sein werden.

II. „Kriegstüchtigkeit“ von Deutschland und Europa

Unabhängig vom Fortgang in der Ukraine müssen wir uns intensiv auf den Fall vorbereiten, dass Russland seine Aggression auch auf das NATO-Bündnisgebiet oder gar auf unser Territorium ausdehnen sollte. Es ist, aufgrund der auf Kriegswirtschaft umgestellten Ökonomie Russlands, davon auszugehen, dass Russland mittelfristig, also in etwa 3 bis 8 Jahren wieder die Fähigkeit erwerben könnte, NATO-Gebiet anzugreifen.⁹ Im russischen System hängt ein solcher Angriff in letzter Konsequenz nur von der tatsächlichen Fähigkeit und vom Willen Putins ab.

8 Siehe hierzu z.B. jüngst die erschütternden Beschreibungen in: *Lewis*.

9 Vgl. die öffentlichen Aussagen verantwortlicher Politiker und Experten z.B. im Deutschlandfunk, abrufbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/russland-nato-kriegsgefahr-100.html> (2.10.2025): Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius: „Aktuell sei ein Angriff auf Mitgliedsländer des westlichen Militärbündnisses nicht wahrscheinlich – aber in fünf bis acht Jahren möglich“; der Präsident des Bundesnachrichtendienstes Bruno Kahl: „Spätestens Ende dieses Jahrzehnts dürften russische Streitkräfte in der Lage sein, einen Angriff auf die NATO durchzuführen.“; der dänische Verteidigungsminister Troels Lund Poulsen geht davon aus, „dass Russland innerhalb von drei bis fünf Jahren ein NATO-Land angreifen könne“.

Die Bundeswehr muss daher, wie es der Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius formuliert hat, „kriegstüchtig“ werden. Das gilt auch für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union insgesamt, nicht zuletzt wegen der Beistandsklausel des Art. 42 Abs. 7 EUV.

Dies ist keinesfalls eine Abkehr vom Paradigma deutscher Friedenspolitik, die zu unserer politischen DNA gehört, sondern ihre zeitgemäße Ausprägung: Wir müssen, um wieder mit Pistorius zu sprechen, „Krieg führen können, um keinen Krieg führen zu müssen“.¹⁰

Denn nach dem oben beschriebenen Paradoxon der Sicherheitspolitik lässt sich der Frieden gegen einen zu allem entschlossenen Aggressor nur durch wirksame Abschreckung verteidigen.

Konkret bedeutet dies einen grundlegenden Rück-Umbau der Bundeswehr, die nach 1990 von einer Armee der Landes- und Bündnisverteidigung zu einer Armee für das Management internationaler Krisen umgestaltet wurde und nun wieder den Weg zurück zur Landes- und Bündnisverteidigung gehen muss. Diese Reformen sind auf dem Weg und werden nicht zuletzt durch das Sondervermögen von 100.-Mrd. EUR sowie die dauerhafte Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf über 2 % des Bruttoinlandsprodukts finanziert. Diese Ausgaben müssen in Zukunft noch deutlich weiter gesteigert werden. Deren Finanzierung wird eine zentrale Aufgabe für die kommende Bundesregierung sein.

Auch über das Finanzielle hinaus benötigt die Bundeswehr Unterstützung aus der Gesellschaft heraus. Es muss ein tiefgreifender Mentalitätswandel zu Ende geführt werden, der viele Aspekte unserer Gesellschaft auch außerhalb des Militärischen im engeren Sinne umfasst: Bisher tabuisierte Bereiche, wie z.B. die wissenschaftliche Forschung an Waffensystemen an unseren Universitäten oder der Rüstungsexport an gleichgesinnte Länder müssen neu angegangen und zu positiven Bestandteilen unserer Sicherheitspolitik werden. Wichtig ist auch eine Überarbeitung der EU-Taxonomie, damit eine ausreichende Kapitalzufuhr für den notwendigen Ausbau der europäischen Rüstungsindustrie ermöglicht wird.

Und wir brauchen noch ein Drittes – und das ist eine Aufgabe für uns alle: eine gesamtgesellschaftliche Zeitenwende, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung auch im Alltag gegen die zunehmenden hybriden Angriffe wirksam zu verteidigen.

Wir müssen uns – leider – darauf einstellen, dass der Systemkonflikt mit Russland – und generell autokratischen Tendenzen weltweit – lange dauern wird, noch viele

¹⁰ Zu dieser von ihm häufiger benutzten Formel z.B.: *Kombaki*, Pistorius im Modus Selbstverteidigung, Spiegel Online, 10.11.2023, abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-boris-pistorius-im-modus-der-selbstverteidigung-a-1663b8c5-a7ae-4479-803e-15cab7024f11> (2.10.2025).

Jahre, vielleicht Jahrzehnte. Währenddessen gilt: „Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden.“¹¹

Die Bedrohungen durch hybride Angriffe, auf die wir uns einstellen müssen, sind subtiler, aber ebenfalls gefährlich. Und vor allem sind sie vielfältig in ihren Erscheinungsformen: wir sind umfassenden und systematischen Angriffen ausgesetzt. Hier nur ein paar Beispiele:

- Verdeckte Einflussnahme auf die (innen-)politischen Debatten und die demokratischen Prozesse in unseren Ländern, vor allem über die Sozialen Medien mit gezielter Desinformation, um gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen und Hass anzufachen.
- Finanzielle Einflussnahme, entweder über direkte Bestechung oder subtiler, z.B. über die Beschäftigung in russischen Unternehmen oder in Form von lukrativen Geschäftsangeboten.
- Kompromate: Das Kompromat, also das Sammeln belastender Informationen, um damit einen politischen Gegner erpressen zu können, ist die hohe Kunst des alten KGB, dem Putin bekanntlich entstammt. Es ist nicht davon auszugehen, dass das russische Regime künftig darauf verzichten wird.
- Daneben gibt es noch viele weitere Methoden, auf die ich hier nicht näher eingehen kann, vom geschickten Ausnutzen der menschlichen Eitelkeiten bis zur (versuchten oder vollendeten) Ermordung politischer Gegner auf westlichem Staatsgebiet, wie z.B. in den Fällen Litwinienko, Skripal oder dem Tiergartenmord, reicht der prall gefüllte Instrumentenkasten.

Allen diesen Bedrohungen gegenüber müssen wir aufmerksamer werden, um sie rechtzeitig zu erkennen. Das wichtigste Indiz: Wenn jemand auffallend pro-russische Positionen vertritt, sollte man besonders genau hinschauen!

Insgesamt brauchen wir mehr Bewusstsein und Energie bei der Verteidigung der grundlegenden Werte unserer Gesellschaft, der Werte, die unsere Gesellschaft so lebenswert für uns selbst und so attraktiv für viele Menschen von außen macht.

Diese Werte sind im Grundgesetz klar und eindeutig beschrieben: Im Zentrum steht die Würde des Menschen als Wesenskern. Darum herum kommen, als weitere Schichten – nur ganz kurSORisch – die Menschenrechte, die Demokratie mit ihren *checks and balances* als Garantie gegen Usurpatoren und der Rechtsstaat als Schutz des Einzelnen gegen jede Form von Tyrannie, auch die Tyrannie der Mehrheit.

Diese Werte sind – wie oben gesagt – das eigentliche Feindbild der Autokraten. Diese Werte fürchten sie – zu Recht – als Bedrohung ihrer autokratischen Herrschaft und bekämpfen sie daher mit aller Kraft. Das waren wir bisher nicht gewohnt und dagegen müssen wir uns nunmehr wappnen.

11 Diese Formulierung ist spätestens seit der Tagung der Münchner Sicherheitskonferenz vom Februar 2024 weit verbreitet und wurde z.B. von mehreren nordeuropäischen Staats- und Regierungschefs nach dem Ostsee-Sicherheitsgipfel vom 14.1.2025 aufgegriffen, z.B. von der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen im Dänischen Rundfunk, abrufbar unter: <https://www.dr.dk/drn-video/67864d092d79c5561216d2bd> (2.10.2025).

Neu ist: Diese Gefahr kommt nicht mehr nur von außen, sie droht auch aus dem Inneren unserer westlichen Systeme. Die Möglichkeit einer „Oligarchisierung des Westens“, vor der der scheidende US-Präsident Joe Biden in seiner Abschiedsrede gewarnt hat,¹² ist eine völlig neue Entwicklung, auf die wir uns bisher noch kaum vorbereitet haben.

Die wirksamen Einschränkungen individueller – auch wirtschaftlicher – Macht durch rechtsstaatliche Vorgaben und Verfahren sind der Grund weshalb wirtschaftliche Akteure mit großem Einfluss versuchen, demokratisch gesetzte und rechtsstaatlich angewandte Regeln zu unterlaufen oder außer Kraft zu setzen. Gleiche Angriffe gelten der Europäischen Union, die den im Weltmaßstab relativ kleinen Mitgliedstaaten viel größere Macht und Einfluss verschafft, als sie individuell je haben könnten und deswegen unser zentrales und unverzichtbares Handlungsinstrument nach außen ist.

Eine besonders Besorgnis erregende und akute Gefahr für das Modell der regelbasierten internationalen Ordnung geht von der Versuchung auch für westliche Politiker aus, deren völkerrechtlichen Grundsätze in Frage zu stellen oder – rhetorisch oder gar tatsächlich – auf Methoden der Machtpolitik zurückzugreifen.

Die Strategien gegen die demokratische und rechtstaatliche Gesellschaft sind vielfältig und werden von den Feinden der Freiheit systematisch eingesetzt: Im Zentrum steht das bewusste Untergraben des demokratischen Diskurses und der wissenschaftlichen Methode, der Suche nach der Wahrheit und dem ehrlichen Ringen um die beste Vorgehensweise bei der praktischen Lösung eines gesellschaftlichen Problems. Instrumente hierfür sind die systematische Verächtlichmachung der demokratischen Institutionen und Prozesse, das absichtliche Nichtverstehen der Anliegen des Gegenübers, das Aufpeitschen von Emotionen, um eine wissenschaftliche und sachliche Auseinandersetzung mit einem Problem zu untergraben, Angriffe *ad hominem* statt Argumentation in der Sache.

Allen diesen Techniken der Antidemokraten begegnen wir jeden Tag. Aber wir sind nicht wehrlos: Wenn wir uns diese Mechanismen immer wieder bewusst machen, können wir ihnen auch entschlossen entgegentreten, sobald wir sie erkennen.

Schließen möchte ich mit zwei wesentlichen Schlussfolgerungen, wie wir, die Staaten und Gesellschaften Europas, uns in dieser, zunehmend von Gewalt und Unsicherheit geprägten Welt des fortgeschrittenen 21. Jahrhunderts behaupten können:

Im Zentrum unserer Außenpolitik muss die Verteidigung der regelbasierten internationalen Ordnung stehen, mit der Europäischen Union als unverzichtbarem Handlungsrahmen unserer – im Weltmaßstab vergleichsweise kleinen – Mitgliedstaaten.

12 Der Volltext dieser Ansprache ist abgedruckt in der New York Times, abrufbar unter: <https://www.nytimes.com/2025/01/15/us/politics/full-transcript-of-president-bidens-farewell-address.html> (2.10.2025) (von der Website des Weißen Hauses wurde der Text offenbar entfernt). Grundlegend zu den Gefahren einer Oligarchisierung auch demokratischer Systeme: Applebaum, *Twilight of Democracy*; Applebaum, *Autocracy*.

In das Zentrum unserer gesellschaftlichen Debatten müssen wir die Verteidigung unserer freiheitlichen und demokratischen Werte stellen und allen Feinden dieser Werte – im Auswärtigen wie im Inneren – entschlossen entgegentreten.

Bibliographie

- ADOMEIT, HANNES, *NATO Osterweiterung: Gab es westliche Garantien?*, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 3/2018
- APPLEBAUM, ANNE, *Twilight of Democracy: The Seductive Lure of Authoritarianism*, New York, 2020
- APPLEBAUM, ANNE, *Inc. – The Dictators Who Want to Run the World*, New York, 2024
- BISMARCK, OTTO FÜRST VON, *Die gesammelten Werke, Band 10: Reden*, Friedrichsruher Ausgabe, bearb. von Wilhelm Schüßler, Berlin, 1928
- LEWIS, DAVID, *Occupation – Russian Rule in South-Eastern Ukraine*, London, 2025
- SCHMITT, CARL, *Völkerrechtliche Großraumordnung und Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht*, Ausgabe 1941, Reprint, Berlin, 2022
- VERDROSS, ALFRED; SIMMA, BRUNO, *Universelles Völkerrecht*, 3. Auflage, Berlin, 1984



© Pascal Hector